

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

2.9.1932 (No. 205)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsriedrich-  
Straße Nr. 14  
Bismarck-  
Str. 963  
und 964  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsangehörigen:  
J. H. I.  
G. H. Seydel  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Postenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Rücksendung, Verweigerung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Reichsregierung und Parteien Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten

Unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Brüning wurde zwischen den Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Nationalsozialisten folgende Vereinbarung vereinbart:

Gegenüber zahlreichen Kombinationen in der deutschen Öffentlichkeit wird bezüglich der zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum schwebenden Verhandlungen festgestellt, daß diese Verhandlungen begonnen wurden und fortgesetzt werden mit dem Ziele der Verbrüderung und Festigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland auf längere Sicht, weil nur auf der Grundlage der Wiederherstellung des Vertrauens eine erfolgreiche und eine dauernde wirtschaftliche Besserung und Befestigung der außerpolitischen Isolierung erzielt und gesichert werden kann.

Es ist die erste Mitteilung, die von den beiden Parteien gemeinsam herausgegeben wurde.

Dazu wird weiter gemeldet: In Anbetracht der gegenwärtigen politischen Konstellation tritt die Preußenfrage hinter die Reichsfrage zurück. Man ist bemüht, in bezug auf Preußen und dem Reich gleichzeitig ein Ergebnis herbeizuführen, und zwar ist für Preußen eine Koalitionsregierung mit festerer Bindung ausgewählt worden. Sine qua non nimmt man an, daß beim Reich eine losere Beziehung der Parteien zu dem Kabinett in Vorschlag gebracht werden wird. Es läßt sich demnach mehr auf eine Tolerierung an, und dieser Weg entspricht auch den Wünschen des Reichspräsidenten, der eine stark parteigebundene Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen als nicht gegeben erscheinen läßt. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen noch immer für eine endgültige Lösung stark hemmend wirken.

### Eine deutschnationale Aeußerung

In den Pressemitteilungen der Deutschen Nationalen Volkspartei veröffentlicht der Reichspräsident einen Artikel, in dem er erklärt, der zweite Vizepräsident des neuen Reichstages, Graf, der bekanntlich der Deutschen Volkspartei angehört, werde zwar den bevorstehenden Besuch des Reichstagspräsidenten bei Hindenburg mitmachen, aber jeder Versuch des Reichspräsidenten Brüning entgegenzutreten, dem Reichspräsidenten politische Ansichten auszusprechen. Graf werde auch bei dem bevorstehenden Besuch zum Ausdruck bringen, daß die Deutschen nationalen nicht der Auffassung Brünings sind, daß die Reichstagsversammlung eine „große arbeitsfähige nationale Mehrheit“ hat, und daß die Deutschen nationalen deshalb keinen Schritt mitmachen würden, der von dem jetzigen System des Präsidialkabinetts auf das parlamentarische System zurückführt.

### Eine Rede Hitlers

Auf einer großen nationalsozialistischen Kundgebung im Berliner Sportpalast sprach Hitler. Er führte u. a. aus: Auch er wolle keine Diktatur, aber eines Tages werde sich der Staat identifizieren mit der Nationalsozialistischen Partei, die dann Nation geworden sei. Wir nehmen nicht aus Graue, was wir als Recht fordern können. Man sage, nur 37 Prozent ständen hinter ihm und zur Mehrheit brauche man doch 51 Prozent. Sei es denn Demokratie, daß die etwa 15 Prozent, die ihm fehlten, nun die Regierung bestimmen dürften? Wie kommen die kleinen Gruppen dazu, so fuhr Hitler fort, uns das Regiment streitig machen zu wollen? Wir bekennen feierlich, daß für uns das Reichsheer nicht zum Schutze einer Regierung da ist, sondern zum Schutze des Reiches. Wenn heute der Kanzler sagt: Dann lüme ich auf! — unferretwegen hundertmal. Wir werden Sieger sein, nicht aber Sie. Wenn die Gegner glauben, es würde irgendeine Möglichkeit der Zusammenarbeit geben, dann antworte ich: Es geht nicht; denn Ihr lebt im alten Deutschland, wir im Deutschland der Zukunft. In Kürze, so schloß der Redner, werde der Nationalsozialismus seinen endgültigen Sieg erringen.

### Die Politik des Stahlhelms

Als Auftakt zum 13. Reichsfrontjubiläum in Berlin wurden am Donnerstag in- und ausländische Pressevertreter vom zweiten Bundesführer des Stahlhelms, Duesterberg, empfangen, der u. a. erklärte, daß in allen Parteien Deutschlands Hunderttausende vom Frontgeist befeuert seien, den es nun zu wecken gelte, um diese Gleichgesinnten zu sammeln und die heranwachsende Jugend im Geiste der Väter wehrhaft zu erziehen. Daran anknüpfend betonte Duesterberg: „Die vor Jahren geäußerte Auffassung, daß niemals eine Partei in Deutschland so stark werden würde, daß sie allein ihre Anschauungen allen anderen aufzwingen könnte, ist durch den 13jährigen Kampf als richtig erwiesen.“ Der Stahlhelm begrüße es, daß sich seine Auffassung von der Notwendigkeit einer Präsidialregierung durchgesetzt habe. Aufgabe aller Deutschen müsse es sein, sich geschlossen hinter diese Regierung zu stellen. Abschließend wandte sich Duesterberg gegen das Werk von Versailles und insbesondere den Artikel 231 des Vertrages. „Wir brauchen keinen Revanchekrieg“, hob er hervor, „wir wollen aber für unser Volk die gleiche Sicherheit, wie alle anderen Staaten trotz der Gunst ihrer geographischen Lage für sich beanspruchen, und wir hoffen, daß sich die Einsicht für die Berechtigung und Notwendigkeit dieser deutschen Forderung endlich auch in der Welt Bahn bricht.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in dreitägigen Verhandlungen bis einschließlich Donnerstag mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage beschäftigt. Einen Tag vor dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen wird die Fraktion zu neuen Beratungen zusammenzutreten.

### Letzte Nachrichten

#### Die Beuthener Verurteilten begnadigt

#### Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus

BRN. Berlin, 2. Sept. (Priv.-Tel.) Durch Entscheidung des preussischen Staatsministeriums vom 2. September sind die fünf Todesstrafen, die durch das Urteil des Sondergerichtes in Beuthen (D.S.) verhängt worden sind, im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt worden.

Die Entscheidung besagt, daß die Todesstrafen, die durch das rechtskräftige Urteil des Sondergerichtes in Beuthen gegen 1. den Elektriker Reinhold Kottisch, 2. den Grubenarbeiter Ruffin Wolzka, 3. den Häuer August Gräupner, 4. den Markentontrollleur Selmut Josef Müller, wegen Totschlages, begangen aus politischen Beweggründen, und 5. den Gastwirt Paul Radmann, wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen, verhängt worden sind, im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt worden sind.

Für die Entscheidung war maßgebend, daß die Verurteilten zur Zeit der Tat noch keine Kenntnis der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 und ihren schmerzlichen Strafanordnungen gehabt haben.

#### Wiederaufnahmeverfahren gegen die Verurteilten

BRN. Berlin, 2. Sept. (Priv.-Tel.) Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist damit zu rechnen, daß dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens im Beuthener Prozeß, der bekanntlich von der Verteidigung eingereicht worden ist, stattgegeben werden wird. In dem Antrag sind nach Auffassung der zuständigen Stellen neue Tatsachen enthalten, die die Wiederaufnahme rechtfertigen.

#### Die Verwaltungsreform in Preußen Sitzung des Kabinetts

BRN. Berlin, 2. Sept. (Tel.) Die kommunizistische preussische Staatsregierung ist heute vormittag unter Vorsitz des Reichsanzalters v. Papen zu der angekündigten bedeutsamen Sitzung über die Verwaltungsreform und das Beuthener Urteil zusammengetreten. Zur Verwaltungsreform wird gesagt, daß die Befürchtungen, als ob eine „Berreinigung der Ämter“ in der Rheinprovinz und in Westfalen geplant sei, feil gingen. Aber die Neugliederung dieser Ämter im Rheinland und in Westfalen werde voraussichtlich erst nach Erledigung der jetzigen Verwaltungsreform entschieden werden. Man könne damit rechnen, daß diese Neugliederung in den genannten beiden Provinzen erst vom April nächsten Jahres ab wirksam werden.

#### Amerika besteht auf Zahlung der Kriegsschulden

#### Auch der deutschen Teilzahlungen

BRN. London, 2. Sept. (Times) meldet aus Washington, daß der stellvertretende Staatssekretär Galt heute eine Aeußerung getan habe, wonach die Regierung fest entschlossen ist, auf ihrer bereits bekanntgegebenen Politik zu verharren, daß Kriegsschulden bezahlt werden müssen. Der stellvertretende Staatssekretär sagte, die Vereinigten Staaten erwarten, daß Deutschland die am 30. September fälligen Teilzahlungen leisten werde. Der Korrespondent fährt fort, diese Teilzahlungen seien nur gering, die betragen nur 12,5 Mill. MR. für Besatzungskosten und 20,4 Mill. MR. für die Bezahlung der Ansprüche amerikanischer Bürger gegen Deutschland.

#### „Allianzvertrag“ Japan-Mandschurei

BRN. Tokio, 2. Sept. (Tel.) Der zwischen Japan und dem neuen Staat Mandschu-Kuo vereinbarte „Vertrag über eine Defensiv-Allianz“ soll nach in der ersten Hälfte dieses Monats unterzeichnet werden. Der Vertrag sieht „die gegenseitige Achtung der Gebietshoheit“ vor, gibt jedoch Japan das Recht, überall in der Mandschurei Truppen zu unterhalten, wofür es die Verpflichtung übernimmt, für den äußeren und inneren Schutz des Staates zu sorgen.

#### Bürgermeister Walker zurückgetreten

BRN. New York, 2. Sept. (Tel.) Bürgermeister Walker hat gestern Abend seinen Rücktritt bekanntgegeben, der mit sofortiger Wirkung erfolgt.

Reichsbankausleihkredit wieder verlängert. Die Verlängerung des internationalen 90-Millionen-Dollar-Rediskontkredits für die Reichsbank, der am 4. September fällig wird, ist von sämtlichen in Frage kommenden Notenbanken, also von der Bank von England, der Federal Reserve Bank, der Bank von Frankreich, sowie von der RZB genehmigt worden, und zwar zu den bisherigen Bedingungen.

Verbot einer kommunistischen Kundgebung. Die für heute, Freitag, angesetzte Berliner Kundgebung des Kampfbundes gegen den Faschismus und der KPD. im Neuköllner Stadion ist aus Sicherheitsgründen verboten worden.

Tarifverträge in der schlesischen Textilindustrie gekündigt. Der Verband schlesischer Textilindustrieller hat die Lohntarifverträge mit Wirtuna zum 30. September gekündigt.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Schutz der Landwirtschaft und die Industrie — Der Getreidepreis

In dem am Sonntag verkündeten Programm des Reichskabinetts, besagt die Reichsregierung grundsätzlich die Notwendigkeit einer weiteren maßvollen Regelung der Einfuhr von Agrarprodukten. Dabei wird der Gedanke einer „grundföhrlichen Antarkie“, d. h. der Selbstversorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln, verneint, „weil Deutschland nicht auf seine wirtschaftlichen Beziehungen verzichten kann und jede Arbeitsgelegenheit ausnutzen muß, die ihm der Auslandsmarkt heute noch bietet.“ Es wird jedoch dann gesagt, daß allerdings die Grundlage der Ernährung im Binnenlande sichergestellt werden muß. Damit kündigt die Reichsregierung an, daß sie einen Ausgleich der bekanntlich sehr auseinandergehenden Forderungen der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Industrie im Interesse der gesamten Volkswirtschaft suchen wolle, der sehr schwer zu finden sein wird.

Die Bedenken, die von Seiten der Industrie und des Handels gegen einen überspannten Agrarschutz auch in der letzten Zeit wieder geäußert wurden, sind sicher nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. So hat der Ruhrbergbau der Reichsregierung eine Eingabe überreicht, die auf die Schwierigkeiten hinweist, welche der deutschen Kohlenausfuhr wegen der Agrarzollpolitik, insbesondere schon wegen der bisherigen Gestaltung des deutschen Butterzolls entstanden sind. Während der Schrumpungsgrad des Kohlenverbrauchs in der Welt im ersten Vierteljahr 1932 infolge der Weltkrise gegenüber dem vierteljährlichen Durchschnitt von 1929 auf 21,8 Proz. zu berechnen sei, sei die deutsche Kohlenausfuhr in der gleichen Zeit um 40,4 Proz. zurückgegangen, was auf ein Jahr berechnet, einen Unterschied von 7,8 Millionen Tonnen im Werte von 105 Millionen Reichsmark und eine Minderbeschäftigung von 25 000 Bergleuten bedeute. Es wird dann darauf hingewiesen, daß die ausländische Kohle in den europäischen Absatzgebieten überall gegenüber der deutschen vordringt und nur noch Holland, wo der deutsche Anteil 70 Proz. ausmache, eine Ausnahme darstelle. Dazu müsse man mit weiteren Gegenmaßnahmen des Auslandes bei weiteren Einschränkungen der Lebensmittelausfuhr nach Deutschland rechnen. Und ähnlich sei es mit der ganzen industriellen Ausfuhr, Rückgang des Deviseneingangs und Zunahme der Arbeitslosigkeit seien die Folgen.

Ähnliche Gedankengänge machen sich auch die Hanjastädte zu eigen, die sich in einer Pressekonferenz in Bremen gegen die von landwirtschaftlicher Seite verlangte weitere Kontingentierung der Einfuhr wendeten. Beispiele der Abwehr des Auslandes in Form von Zollserhöhungen, ausländischen Kontingenten oder gar Boykott seien zur Genüge bereits praktisch geworden und führen zur Zerstörung in langjähriger Arbeit mühsam aufgebaute Handelsbeziehungen zum Schaden des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Deutschland sei eben nur ein beschränkter Markt für Industrieerzeugnisse des Auslandes, und gerade die Länder, die unsere besten Abnehmer seien, haben stets besonderen Wert auf die Aufnahme der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland gelegt. Auch jetzt sei vielleicht noch gerade mit europäischen Ländern eine aktive Handelsbilanz vorhanden, aber es gelte, sie zu verteidigen. Am empfindlichsten würden durch den Rückgang des Absatzes an das Ausland mit die Hanjastädte betroffen. Was der immer dichtere Abschluß der Grenze des Auslandes gegen deutsche Waren bedeutet, spürt ja auch die industrielle Produktion unseres Grenzlandes Baden.

Die Kontingentierungswünsche der Landwirtschaft, wonach die Einfuhr auf bestimmte Prozentsätze des Vorjahres zu droffeln sein soll, werden wohl auch nicht in voller Höhe erfüllt werden. Es liegt allerdings ein Entwurf des Reichsernährungsministeriums vor, der einen Einfuhrkontingentierungsplan fast aller landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte, aber auch Rohstoffe, wie Bau- und Nutzholz, umfaßt. Kontingentiert werden sollen eine Reihe von Gemüsesorten, Obstsorten, Viehprodukte, Fische, auch Getreide, Rindvieh, Häute, Käse, Därme, Eier, Zucker, Wein. Dabei ist bei Gemüse und Obst ein Kontingentfuß von 30 bis 60 Prozent, bei Viehproduktion ein solcher von 50 Prozent gefordert worden.

Wieweit die Reichsregierung diesen Wünschen entgegenkommt, ist noch nicht bekannt.

Die Notwendigkeit der Kontingentierung wird auch damit begründet, daß nach dem Ergebnis der britischen Reichskonferenz in Ottawa England nun noch mehr als bisher Einfuhren aus den Dominien Bevorzugung angedeihen lassen muß und deshalb die Agrarländer Europas, insbesondere Dänemark und Holland, den deutschen Markt unter weiteren Druck zu setzen gezwungen sind, um ihre Produkte abzusetzen. Regierungseitig wird an sogenannte „Globalkontingente“ gedacht, d. h. es sollen Gesamteinfuhrmengen für die einzelnen Waren zugelassen werden, aus welchen Ländern sie den Bedarf decken sollen. Auch soll der Prozentsatz der Kontingente nach der vorjährigen Einfuhr immer nur für einen beschränkten Zeitraum (durchschnittlich 3 Monate) festgesetzt werden, um so die Einfuhrpolitik einigermaßen elastisch gestalten zu können. Es handelt sich um außerordentlich weittragende Fragen, da z. B. im vergangenen Jahr die Obst- und Gemüseerzeugung im Wert von 162,9 Millionen Reichsmark und die von Südfrüchten einen Wert von 211,8 Millionen Reichsmark repräsentierte, während die Eiereinfuhr nahezu 170 Millionen Reichsmark und die von Hart- und Weichkäse rund 62,7 Millionen Reichsmark ausmachte. Die Lage bei den verschiedenen Produkten ist außerdem verschieden, und die Maßnahmen der Regierung müssen sich nach zwei Gesichtspunkten richten, einmal der Überflüssigkeit der Einfuhr von gewissen Dingen, wie Bananen z. B., dann aber auch nach der Möglichkeit, wie weit eine solche Kontingentierung gangbar erscheint, ohne empfindliche Gegenmaßnahmen des Auslands gegen die deutsche Ausfuhr hervorzurufen.

Noch vor Abschluß der Beratungen über das eigentliche Wirtschaftsprogramm hat übrigens die Reichsregierung bereits eine Reihe von Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse vorgenommen, wie Gurken, Fruchtsäfte, Gänse, Eigelb und Eiwies, pflanzlichen Talg, die zum Schutze der deutschen Treibhausgärten, der Fruchtbaugärten, des Obstbaus, der Geflügelhaltung und Eierzeugung und der Fetterzeugung der deutschen Viehzucht bei Belieferung der Margarineindustrie gedacht sind. Ferner wurde ein Verbandszwang für Inlandwein auch bei der Herstellung von Vermutwein und Weineisig eingeführt, wie dies bereits früher für die Schaumweinindustrie geschehen ist.

Der Benzinpreis in Deutschland liegt erheblich über dem Weltmarktpreis. Einmal infolge des Rückschlages für die deutsche Treibstoffproduktion, und zum andern auch infolge der Spritbeimischung, die ja noch von 4 Prozent auf 8 Prozent, also auf das Doppelte, erhöht werden soll, um der norddeutschen Spritproduktion aus Kartoffeln weiteren Absatz zu sichern. Die Bölle wurden sowohl zum Schutze der deutschen Benzolproduktion wie des deutschen Kunstbenzins der Z. G.-Farben und auch der (allerdings relativ immer noch nicht bedeutenden) deutschen Erdölförderung in Hannover und Thüringen erlassen. Aus Verbraucherkreisen wird darauf hingewiesen, daß schon die jetzige Belastung des Kraftverkehrs (infolge der Steuern und der hohen Benzinpreise) zur Außerbetriebstellung von fast 50 000 steuerpflichtigen Kraftwagen, 63 000 Personenautomobilen und über 21 000 Lastkraftwagen in der Sommerzeit geführt habe. Komme nun, wie das in den in München geführten Verhandlungen der Deutschen Importfirmen und inländischen Erzeuger in Aussicht genommen worden sei, noch eine neue Benzinpreiserhöhung hinzu — sie ist bereits in Berlin um 3 Rpf. pro Liter erfolgt und soll ab

#### Die Lage des Badischen Landestheaters

Die Durchführung des vom Verwaltungsrat des Landestheaters gebilligten Sparprogramms vom September v. J. hat zu einer Senkung der Ausgaben von 1,8 auf 1,3 Millionen geführt. Die Gesamteinnahmen in den nächsten Spieljahren sind mit 542 000 M. veranschlagt. Geplant ist eine stärkere Ausnutzung des Konzerthauses. Das Spieljahr wird in eine Winter- und eine Sommerzeit zerlegt und das Gesamtpersonal nur für die erster Kulturarbeit gewidmete Winterzeit verpflichtet, deren Dauer auf die Monate September bis Juni begrenzt ist. Die über 9000 M. hinausgehenden Gagen wurden einer Sonderkürzung unterworfen. Ebenso ist eine Kürzung der Löhne des technischen Personals erfolgt und ein Abbau beim Orchester, beim Chor und technischen Personal durchgeführt worden.

Der Zuschußbedarf des Landestheaters ist für die nächsten drei Jahre, also für die gesamte Dauer des bestehenden Vertrages zwischen Staat und Stadt auf 763 600 M. begrenzt. In den letzten Jahren betrug der Zuschuß weit über eine Million. Der auf die Stadt Karlsruhe entfallende Zuschußbetrag beziffert sich einschließlich des Bauaufwandes nunmehr auf 550 430 M.

**Volksschauspiel Stigheim.** Das prächtige Lustspiel auf der großen Kunst- und Naturfreilichtbühne Stigheim übt auch in diesem Sommer seine gewohnte Anziehungskraft aus. Fast ausnahmslos von schönem Sommerwetter begünstigt, waren die Spieltage Juli und August in Veranschaulichung der Zeitverhältnisse gut besucht. Der Massenzustrom früherer Jahre wird jetzt allerdings nicht mehr erreicht. Erfreulicherweise macht sich auch jeden Sonntag ein ansehnlicher Ausländerzuzug besonders aus Baden-Baden bemerkbar, wobei die Amerikaner und Engländer vorherrschen; auch das nahe Elz ist an jedem Spieltag mehr oder weniger stark vertreten. Der Zustrom erfolgt fast überwiegend mit Kraftwagen aller Art, doch haben sich auch die Verwaltungsfondenzüge zu halbem Fahrpreis recht gut bewährt. Am kommenden Sonntag, den 4. September, vertehen wieder Sonderzüge von Heidelberg und Offenburg aus bei halbem Fahrpreis zum Besuch des Spielers, worauf Interessenten besonders aufmerksam gemacht werden. Die billigen Fahrpreise und die erheblich ermäßigten Spielpreise ermöglichen auch weniger Bemittelten Volkstheater den Besuch des schönen Spielers.

15. September 6 Rpf. betragen — Autoindustrie und Konsumenten kündigen deshalb einen Protest bei der Reichsregierung an —, so werde der Kraftverkehr, außer dem herbstlichen Saisonrückgang noch einen weiteren Rückgang erfahren und auch die Kraftwagenindustrie wie der Fiskus (dieser durch Rückgang der Steuer) würden das verspüren.

Man rechnet, kämen all diese Erscheinungen zusammen, dann mit einem Benzinpreis im Reichsdurchschnitt von 45 Rpf. pro Liter, während jetzt dieser Durchschnittspreis etwa 35 Rpf. beträgt. Auf dem Weltmarkt sei, wie behauptet wird, Benzin zu 6 Rpf. pro Liter von Außenlieferanten zu erhalten. Es liegt aber allein auf dem Benzin ein Zoll von 16,23 Rpf., wozu noch die Verteuerung durch den Beimischungszwang kommt, so daß die jetzige staatliche Belastung 20,1 Rpf. pro Liter beträgt. Dabei wird darauf hingewiesen, daß der hohe Zoll überhaupt erst der Z. G.-Farben die Produktion von Kunstbenzin ermöglicht. Die Regierung habe es in der Hand, durch eine Zollherabsetzung (die überdies vielleicht günstigere Erträge bringen könnte als die Aufrechterhaltung des Zolls bei einer neuen Preiserhöhung und entsprechendem Konsumrückgang) eine Korrektur des Benzinpreises vorzunehmen.

Die Münchener Verhandlungen hatten übrigens zunächst lediglich zu einem Quotenabkommen geführt, und es ist auch noch nicht bekannt, wie weit Russland, das bisher das übrige Ausland um jeden Preis auf dem deutschen Markt unterbot, und trotz des Rückgangs des Konsums seine Einfuhr nach Deutschland zu erhöhen vermochte. Neigung hat, einer Konvention beizutreten, nachdem es schon die alte Konvention zu Fall gebracht hatte.

#### Die deutschen Sicherheitsforderungen

##### Das Echo im Ausland

**W.A. Paris, 2. Sept. (Tel.)** Die in Berlin gegebene Aufklärung über die Tragweite und Bedeutung des deutschen Schrittes in der Wehrfrage wird von den meisten Berichterstattern der Pariser Presse sachlich übermitteln und hat ebenso wie der Rat des französischen Ministerpräsidenten an die Presse, nicht den Kopf zu verlieren, zu einer ruhigeren Beurteilung beigetragen, obwohl grundsätzlich die Abwehrstellung gegen die deutschen Wünsche beibehalten wird. Man erwartet hier eine Erklärung des französischen Ministerpräsidenten für nächsten Samstag.

„Volonté“ bezeichnet es als absurd, von einem ultimativen Charakter der deutschen Forderungen sprechen zu wollen. „Matin“ erklärt, die Forderung der deutschen Regierung könne rechtlich nicht zwischen Frankreich und Deutschland allein zur Sprache kommen. „Echo de Paris“ lehnt selbstverständlich gemäß seiner Tendenz die deutschen Wünsche restlos ab. Die City-Presse ist namentlich beunruhigt über die Einstellung der englischen Öffentlichkeit und der englischen Regierung.

**W.A. London, 2. Sept. (Tel.)** Die Morgenpresse ist mit Kommentaren zur deutschen Forderung nach Gleichberechtigung zurückhaltend. Auch wo Äußerungen laut werden, die dem Standpunkt zuneigen, wie in einem Leitartikel der rechtskonservativen „Morningpost“, wird kein Versuch unternommen, Deutschlands Recht, wie es sich aus dem Versailler Abrüstungsvertrag ergibt, zu bestritten.

**W.A. New York, 2. Sept. (Tel.)** Die Blätter bringen Äußerungen der Senatoren Swanson und Borah zur deutschen Rüstungsfrage, die im wesentlichen mit der offiziellen Washingtoner Auffassung übereinstimmen. Borah betont jedoch, daß er die deutsche Forderung nach Rüstungsgleichberechtigung als gerechtfertigt ansehe, nenngleich auch er hoffe, daß die Gleichheit durch Rüstungseinschränkung erreicht werde.

„Herald Tribune“ erklärt in einem Leitartikel, nicht die unmittelbaren militärischen Auswirkungen der deutschen Forderung, sondern die Folgen dieses direkten Angriffes auf den Versailler Vertrag seien von wesentlicher Bedeutung. Das Versailler System weise offensichtliche Zeichen der Auflösung auf. Diese Tatsache allein zwingt die Staatsmänner und Völker, sich darüber klar zu werden, wie die Welt ohne dieses System aussehen werde.

Ein offizieller Kommentar zur Fühlungnahme Deutschlands mit Frankreich besagt:

„Amerika ist in erster Linie an der Herabsetzung der Rüstungen interessiert, weshalb jeder deutsche Schritt, der auf Erhöhung der Rüstungen abzielt, hier recht ungünstigen Eindruck machen würde. Man vertritt die Auffassung, daß die Parität durch eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den europäischen Nationen erreicht werden sollte, indem dort durch die Herstellung des Vertrauens alle anderen Nationen allmählich zum deutschen Rüstungsniveau hinuntersteigen, anstatt daß Deutschland aufrückt. Der vom Präsidenten Hoover im Juni gemachte Vorschlag basierte auf den Zahlen des Versailler Vertrages.“

Von zuständiger deutscher Seite wird dazu mitgeteilt, daß aus den Erklärungen des Reichswirtschaftsministers hervorgehe, daß Deutschland nicht aufrücken wolle, sondern nur das Geld, das es schon jetzt für seine Wehrmacht ausgeben, für seine Arbeit auszubringen anwenden will, als das bei seiner heutigen Militärorganisation möglich sei.

Der deutsche Weltflieger, Wolfgang v. Gronau, funkte um 6.35 Uhr (Tokio-Zeit) der japanischen Funktionärin auf der Insel Hodeida, daß er in 1000 Meter Höhe durch dichten Nebel fliege, jedoch hoffe, in sieben Stunden Land zu erreichen. Seine Position gab er als halbwegs zwischen der westlichsten Aleuten- und der östlichsten Kurilen-Inseln an. Nach einer weiteren Meldung ist v. Gronau Freitagmittag zwölf Uhr (Tokio-Zeit) in der Katunabetsu-Bucht von Paramuschiru, der nördlichsten Kurilen-Insel, eingetroffen.

Über der Kanalzone in Panama stürzte ein amerikanisches Militärflugzeug ab. Die vier Insassen kamen ums Leben.

**Kein Sozialdemokrat im Reichstagsvorstand.** Nach dem am Mittwoch festgestellten Ergebnis der vom Reichstag vorgenommenen Wahl der 12 Schriftführer, die zusammen mit dem Präsidenten den Vorstand des Reichstages bilden, sind acht Nationalsozialisten, drei Zentrumsadgeordnete und ein Sozialdemokrat in den Reichstagsvorstand gewählt worden. Die sozialdemokratische Fraktion ist danach im Vorstand des Reichstages überhaupt nicht mehr vertreten.

#### Der Essener Katholikentag

##### Eröffnungsanrede des badischen Unterrichtsministers

Der erste Haupttag der deutschen Katholikentagversammlung in Essen am Donnerstag wurde mit einer feierlichen Pontifikalmesse in der Münsterkirche eingeleitet. Dann versammelten sich die einzelnen Arbeitsgruppen, um die Aussprache über die verschiedensten Themen zu eröffnen, an die sich dann ein Gedankenaustausch anschloß. Bei der großen Eröffnungsfeier am Donnerstagabend hielt der badische Unterrichtsminister Dr. Baumgartner die Festansprache. Er führte u. a. aus:

Als vor nunmehr 84 Jahren der erste deutsche Katholikentag im Jahre 1848 in Mainz tagte, da gab es dieser Tagung und den nachfolgenden Jahrzehnten zwei Männer das Gepräge: es war der große soziale Bischof von Mainz, Freiherr Wilhelm Emanuel von Ketteler, und mein badischer Landesmann, der Handwerkerlehrer und spätere Universitätsprofessor und Kaiserliche Hofrat Ritter von Buis.

Ritter von Buis, der Führer der badischen Katholiken in ihrem Verteidigungskampf für die Freiheit der Kirche, wurde der erste Präsident des Katholikentages. Er hat damals in seiner glänzenden Schlussrede als Ziel des Katholikentages bezeichnet: „Die Geschlossenheit und Einigkeit der deutschen Katholiken zur Verteidigung von Recht und Freiheit der Kirche unter dem päpstlichen Banner, das im Glorioskien des Gebetes über den hohen Aufgaben schweben sollte, die sich die Katholikentage gestellt haben.“

So war es Jahrzehnte hindurch gewesen, immer haben die glaubenstreuen Katholiken in Einigkeit und geschlossener Front zusammengekommen, um all den vorhandenen und kommenden Gefahren für die katholische Kirche zu begegnen und um die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu treffen, die die jeweiligen Verhältnisse erforderten.

So haben es unsere Väter gehalten, so hielten es auch wir in den vergangenen Jahrzehnten. Soll es in der Gegenwart und Zukunft anders sein? Wahren nicht vielmehr die drohenden Zeichen der Zeit mehr als je uns Katholiken zur Einigkeit und geschlossenen Bilanz angeht, der gerade der Freiheit der Kirche, ja der ganzen christlichen Kultur drohenden Gefahren?

Der Redner erinnerte in diesem Zusammenhang an die Mahnworte des damaligen Nuntius, des jetzigen Kardinalstaatssekretärs Pacelli auf dem Freiburger Katholikentag zum einheitsvollen Bekenntnis auch im öffentlichen Leben. Er ging dann über zu den Bemühungen des Papstes um die Wiederherstellung eines wahren Friedens unter den Völkern, und fuhr fort: In der Weltkirche Gottes ist es keine Nation bevorzugt, ihr eigenes Volkstum, ihr eigenes Kulturgut, ihre eigene Gedanken- und Gefühlswelt aufzubauen. Es ist nicht nur erlaubt, sondern für jeden Katholiken Gewissenspflicht, sein Vaterland, sein Volk und sein Land, sein Volkstum und dessen Eigenkultur in erster Linie und mit heißer Glut zu lieben und, wenn Gefahr droht, mit seinem Blute zu verteidigen. Und wir deutsche Katholiken lassen uns von niemand an wahrer, echter, tiefer und opferbereiter Vaterlandsliebe übertreffen. Aus dieser Liebe zum Vaterlande und aus dem leidenschaftlichen Gefühl für das gleiche Recht für alle Völker auf Freiheit und Gleichberechtigung fordern wir auch für unser deutsches Volk die volle Gleichberechtigung unter den Völkern, fordern den gleichen Platz an der Sonne. Unser Fischen zu Gott begleitet diese Wünsche, die hingenen auf wahre Völkerverständnis, auf den wahren „Frieden Christi im Reiche Christi“, wie ihn der Heilige Vater schon bald zu Beginn des Pontifikates der Welt aufgezeigt hat.

Aber dieser Frieden Christi im Reiche Christi soll auch herrschen im eigenen Volke, unter den eigenen Volksgenossen. Wir müssen wieder lernen, in unseren Volksgenossen, vor allem an unsern eigenen Glaubensgenossen, den Bruder und die Schwester zu erkennen und anzuerkennen.

Die katholische Kirche war es, die die Staatsidee in die sittliche Ordnung, d. h. in die göttliche Weltordnung tief und fest verwurzelt hat. Denn nur in einer festen Ordnung, in welcher Macht und Gerechtigkeit und Frieden herrscht, kann der Menschheitszweck, die salus publica, d. h. das wahre äußere materielle und das innere, das geistige und sittliche Wohl aller seiner Glieder gedeihen. Es gibt darum keine absolute, keine schrankenlose Staatsgewalt mit dem Rechte der Unterdrückung des sittlichen und religiösen Gewissens, es gibt keine Staatsallmacht, weder eine solche der Monarchie, noch eine solche, die etwa im Namen der Volkssouveränität oder des Mehrheitswillens spricht oder handeln zu dürfen glaubt. Jede Staatsgewalt hat ihre Schranke am göttlichen Recht, am Rechte der überstaatlichen Kirche, aber auch in der Freiheit des christlichen Gewissens. Darum hat die katholische Staatslehre die Vergottung des Staates bekämpft; darum hat sie die aus den heidnischen Gedankenengängen fliehende Staatsomnipotenz verworfen. Es darf im Staate, der ja der Staat aller sein soll, keine Ausgeschlossenen, keine Enterbten, aber auch keine Privilegierten geben.

Es folgt ferner aus Wesen und Zweck des Staates, daß er nicht nur Rechtsstaat sein darf. Da der Staat die organisierte Gemeinschaft des ganzen Volkes ist, so ist es seine heilige Pflicht, Wohlfahrtsstaat für alle zu sein, d. h. er hat das Wohl aller Schichten und Stände des Volkes zu hegen und zu pflegen. Sodann ist der Staat nicht nur Wohlfahrtsstaat, er muß auch Kulturstaat im höheren Sinne sein, d. h. er muß auch die geistigen, die sittlichen, die religiösen Güter schütten, hegen und fördern. Er hat diese Pflicht aus seinem eigenen Dafensezweck heraus, um seiner Existenzberechtigung willen. Die katholische Kirche hat durch ihr Oberhaupt und durch ihre Organe in jeder Zeitperiode zu den brennenden Fragen der Zeit zustimmend oder ablehnend, duldben oder fördernd, Stellung genommen und Richtlinien und Leitmotive für die Gläubigen der Welt gegeben.

Wir richten auch von hier aus die Mahnung an alle gläubigen Christen, in Waffenbrüderschaft zusammenzutreten zur Verteidigung der Front Gottes, um das bedrohte Volk, das Gefahr läuft, die Gottesidee in sich selbst zu verlieren und damit die Zentralsonne aller Kultur zu retten. Denn ohne Gott und ohne Christus ist der Untergang des Abendlandes besiegelt.

Die Eröffnungstundegebung wies einen außerordentlich starken Besuch auf. Der päpstliche Nuntius Dr. Orsenigo brachte den Segen des Papstes. An den Reichspräsidenten und an den Papst wurden Ergebenheitstelegramme gesandt.

Der stellvert. Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, begrüßte vorher den Katholikentag. Er führte u. a. aus: Wer heute eingeseht ist, die Obrigkeit des Staates zu vertreten, der muß am Anfang seiner Arbeit mit besonderem Maßstab prüfen, ob die Institutionen des Staates noch in der Lage sind, dem Staatsbürger gegenüber sichtbarer Ausdruck der Obrigkeit zu sein. Für die Rechte — und es gibt deren viele heututage —, die der Staat gegenüber dem einzelnen in Anspruch nimmt, kann nur dann eine über den äußeren Zwang hinausreichende Anerkennung verlangt wer-

den, wenn im Bewußtsein des Staatsbürgers das Gefühl verankert ist, daß alle diese Rechte des Staates aus Pflichten der Gesamtheit entstanden sind. Auch das Schicksal der großen politischen Bewegungen wird schließlich davon abhängen, ob sie in ihren Entschlüssen die Interessen des Staates über ihre eigenen tatsächlichen Interessen zu stellen vermögen. Und endlich muß auch gegenüber dem Versuch, den Staat mit der Partei gleichzustellen, der Staat immer auf die höhere Ebene unseres Bewußtseins gestellt werden.

Im Rahmen des Katholikentages wird der Freiburger Erzbischof Dr. Gröber am Sonntagmittag auf dem Buraplatz in Essen in einer öffentlichen Versammlung der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine sprechen.

### Ein Telegramm des Reichskanzlers

Reichskanzler v. Papen hat an das Präsidium des Deutschen Katholikentages zu Händen des Fürst v. Löwenstein folgendes Telegramm gerichtet:

„Dem in Essen zusammen tretenden Katholikentag übermittle ich meine herzlichsten Wünsche und persönlichen Grüße. An der baldigen Wende, die uns von dem die besten sittlichen Kräfte fördernden Materialismus hinweg zu einer neuen Volksgemeinschaft führen soll, gegründet auf dem guten Glauben an Gott und seine uns verpflichtenden Gebote, wird es das Ziel der Reichsregierung sein, die christlichen Grundzüge im deutschen Volk und Staatsleben wieder zu entscheidender Geltung zu verhelfen. Die Reichsregierung will das von weltlicher und materieller Not zerrüttete deutsche Volk jenseits aller Parteibindungen unter einer autoritären Führung sammeln. Der deutsche Katholizismus in seinem unergründlichen Glauben an die göttliche Ordnung dieser Welt möge der Nation ein Führer und Wegweiser auf diesem Wege sein, in einem Willen, der in Arbeit und Gebet seine größte Stärke findet.“

Fürst Löwenstein hat darauf in folgendem Telegramm geantwortet:

Für das zu meinen Händen an das Präsidium des Deutschen Katholikentages gerichtete Telegramm, das der Tagung Grüße und herzlichste Wünsche überbrachte, erlaube ich Ihnen Herr Reichskanzler, aufrichtigen Dank. Seit jeher ist es das ernste Bestreben der deutschen Katholikentage gewesen, die göttliche Ordnung in allen Dingen dieser Welt zur Geltung zu bringen. Die 71. Generalversammlung bleibt dieser Tradition treu, indem sie die Wege sucht, auf denen in der von Gottlosigkeit schwer bedrohten Welt die Herrschaft Christi wieder aufgerichtet werden kann. Darum begrüße ich lebhaft die Versicherung, daß es das Ziel Ihrer Regierung ist, im deutschen Volk und im Staatsleben die christlichen Grundzüge zur Geltung zu bringen. In Verfolgung dieser erhabenen Ziele sind alle gläubigen Katholen einig.“

Das Telegramm an den Reichspräsidenten lautet: „Die 71. Generalversammlung der deutschen Katholiken entbietet dem verehrungswürdigen Herrn Reichspräsidenten treue, ergebene Grüße und gelobt aus dem Geiste wahrer Volksgemeinschaft opferbereite Mitarbeit zum Wohle unseres geliebten Vaterlandes.“

gez. Dr. Baumgartner, Bernhard, Otto.“

Der Reichspräsident hat in der Antwort aufrichtigen Dank gesagt. Das Gelöbte opferbereite Mitarbeit nehme er dankbar entgegen. „Mögen Ihre Beratungen dazu beitragen, die christlichen Grundzüge im deutschen Volk und seinem Staatsleben zu festigen und die Einigung unseres Vaterlandes zu einer wahren Gemeinschaft zu fördern.“

### Explosionskatastrophe in Rumänien

Das in der Umgebung der Hauptstadt Rumäniens Bukarest befindliche militärische Artillerie-Munitionslager Ceasna ist Donnerstagnachmittag um 6 Uhr in Brand geraten. Das Granatenlager flog in die Luft. Das gefährliche Gebiet wurde durch einen Militärordon abgesperrt. Die 100tägige Lagermasse ist zusammen mit dem Kommandanten spurlos verschwunden; es konnte noch nicht festgestellt werden, was mit ihnen geschehen ist. Die in der Nähe der Unglücksstätte gelegenen Ortschaften sind geräumt worden. Viele Bewohner wurden durch Sprengstücke verletzt. Von den 8 Depots sind bisher 6 in die Luft geflogen; man befürchtet, daß auch die übrigen zwei Lager im Laufe des heutigen Tages in die Luft fliegen werden. Nach Ansicht der Sachverständigen ist die Katastrophe durch die große Hitze verursacht worden, die die Granaten zur Explosion brachte.

### Kleine Chronik

In den letzten Monaten wurden besonders in Ost- und Südwestdeutschland fortgesetzt vor Anker liegende Schlepsschiffe beraubt und daraus alle möglichen Güter gestohlen. Im ganzen sind 15 Schiffsdiebe ermittelt und verhaftet worden. Sie stammen teils aus Ostpreußen, teils aus anderen Gegenden.

Im Alten Schloß in Stuttgart sind jetzt die Aufräumungsarbeiten beendet. Das Gerüst, das sich um den abgebrannten Teil herumzieht, bleibt für den Wiederaufbau stehen. Am 15. September läuft der Wettbewerb für den Wiederaufbau ab.

In München bettete ein junges, verkommenes aussehendes Mädchen in einer Gastwirtschaft und erhielt eine Buße geschenkt. Das Mädchen begann auf der Straße gierig die Buße zu essen und rannte dabei in die Fahrbahn eines Lastkraftwagens. Es wurde überfahren und getötet. Bei der Obduktion handelt es sich um die 22 Jahre alte Studentin Ilse Fröhlich aus Wandsbek bei Hamburg.

Die Kriminalpolizei in Wiesbaden verhaftete den 20jährigen Nationalsozialisten Gols, der beschuldigt wird, vor einiger Zeit in Köln bei einem politischen Zusammenstoß einen anderen jungen Mann erschossen zu haben.

In verschiedenen Orten an der Ostsee bei Harburg sind bei Hausdurchsuchungen Waffen beschlagnahmt worden; bei einem SA-Mann in Harburg wurden zwei Maschinengewehre gefunden.

Die Ehefrau Blum aus Hüttel bei Harburg, die ihren 13jährigen geisteskranken Sohn aus Mitleid erhängt hatte, hat Selbstmord verübt.

Der Gemeindevorsteher von Abendorf bei Buneburg ist nach Unterschlagung von 14 000 RM geflüchtet.

Die Büroräume der kommunistischen Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin wurden am Donnerstag von der Polizei durchsucht. Elf Ausländer wurden festgenommen, die sich über ihre Personalkarte nicht ausweisen konnten oder nicht ausweisen wollten. Außerdem wurden noch zahlreiche Schriften beschlagnahmt, die nach der polizeilichen Prüfung unterliegen.

Das Berliner Sondergericht verurteilte heute, Freitag, den Arbeiter Stähler wegen verurteilten Totschlages in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch zu drei Jahren Zuchthaus, drei weitere Angeklagte zu zwei Jahren, einen Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis. Die Verurteilten sind Kommunisten, die in der Nacht zur Reichstagswahl eine Gruppe Nationalsozialisten überfallen und einen Nationalsozialisten durch Schüsse schwer verletzt hatten.

## Badischer Teil

### Ministerialdirektor Dr. Huber tritt in den Ruhestand

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Ministerialdirektor Dr. Huber ist auf 1. September dieses Jahres endgültig in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Damit scheidet ein kenntnisreicher, ob seines offenen, ehrlichen Wesens allseits beliebter Beamter, der mit unermüdlichem Eifer seine ganze Kraft dem Staate zur Verfügung gestellt hat, aus dem aktiven Staatsdienst aus. Während seiner langjährigen Tätigkeit als Ministerialrat und später als Ministerialdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichts, hat Ministerialdirektor Dr. Huber sich außerordentliche, bleibende Verdienste erworben.

Anlässlich des Ausscheidens des Ministerialdirektors Dr. Huber fand im Kultusministerium eine feierliche Sitzung statt, in der Kultusminister Dr. Baumgartner in herzlichsten Worten die Verdienste des Scheidenden würdigte und ein an ihn gerichtetes Schreiben des Herrn Staatspräsidenten zur Verlesung brachte, in dem die Anerkennung für die operativen und wertvollen, erfolgreiche Arbeit und die treue Pflichterfüllung mit innigen Dankesworten lebhaften Ausdruck fand. Namens der Beamten und Angestellten der Unterrichtsverwaltung dankte Ministerialrat Dr. Thoma für das Vertrauen, das bei der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerialdirektor und den Beamten und Angestellten des Ministeriums bestand.

Mit dem Staatspräsidenten und dem Kultusminister wünschen dem Scheidenden alle, die ihn kennen und schätzen gelernt haben, einen langen, ruhigen Lebensabend in Freizeid und Gesundheit.

### Weiteres aus der dritten Haushaltsnotverordnung

Durch die Dritte Haushaltsnotverordnung wird die Zuständigkeit der Schwurgerichte für Beamtenbehebungen durch die Presse, wegen deren die vorgelegte Behörde Sitzantrag gestellt hat, aufgehoben.

Für die Hochschulpflichtigen wird die frühere Emeritierung wieder eingeführt, an Stelle der Pensionierung.

Die Bestimmungen über die erweiterten Befugnisse der Bürgermeister bleiben ein weiteres Jahr in Kraft.

### Aus der badischen Landwirtschaft

Landwirte, heist das Saatgetreide! Die Hauptstelle für Pflanzenschutz am Bad. Weinbauinstitut in Freiburg i. Br. gibt folgendes bekannt: Die Aussaat des Wintergetreides steht bevor. Zur Erzielung einer guten Ernte ist das Weizen des Getreides vor der Aussaat mindestens ebenso wichtig wie richtige Düngung und Bodenbearbeitung. Der Weizeninfekt, das Auswintern der Getreidearten durch Schneeschimmel, die Streifenkrankheit der Gerste, sowie Hagerflugbrand können durch Weizen des Saatgutes fast vollständig unterdrückt werden. Der Weizen- und Weizeninfekt sind durch Weizen des Saatgutes fast vollständig unterdrückt werden. Der Weizen- und Weizeninfekt sind durch Weizen des Saatgutes fast vollständig unterdrückt werden.

### Aus der Landeshauptstadt

Der achte Studententag sind gefallen. Donnerstag mit Tag wurde im Wege des Jahrestagesspektakels der achte Tagendgewinn der Studententageländer gezogen.

Der Feuerwehrtag im Film. Ein Originalfilm vom 21. Deutschen Feuerwehrtag in Karlsruhe ist nunmehr fertiggestellt und läuft zur Zeit im Gloria-Palast am Rondeplatz. Noch einmal ziehen vor unseren Augen all die Wälder vorüber, die unsere Stadt während der Tagung der deutschen Feuerwehrleute bot. Aber auch die tätige und praktische Arbeit, die auf dieser Arbeitstagung geleistet wurde, dürfen wir noch einmal miterleben. Dem Hersteller des Films, Photostudio Ganske, ist es gelungen, die markantesten Ereignisse des Feuerwehrtages mit der Kamera einzufangen. So natürlich vom imposanten Festzug, dem Treiben im Stadtgarten und auf der Festwiese.

Wer kennt die Tote? Am Vormittag des 1. September 1932 wurde in Magau eine unbekannte weibliche Leiche aus dem Rhein gelandet, die nicht lange im Wasser lag. Etwa 20 Jahre alt, 150 Zentimeter groß, schlank, blonde Haare (2 Büsse), die hinten übereinandergelagert und mit Nadeln zusammengehalten sind; trägt schwarzes Jadedeckel mit schwarzem Lederbügel (kurze Jade mit einigen großen blauen Knöpfen, die weiß umrandet sind), unter diesem weiß-wollenen Pullover, gelben Prinzengürtel mit Stickereien, hellgrüne Hose, dunkelbraune Strümpfe und schwarze Spangenschuhe mit hohen Absätzen; am linken Ringfinger schmaler goldener Ring mit 4 kleinen roten Steinen (2 davon fehlen), Mittelhandkette mit 2 länglichen roten Steinen und 2 Ringen an Verzierung. Um Mitteilung bittet das Landespolizeiamt — Vermittlungszentrale Karlsruhe.

Fris Kreisler, der Welt größter Geiger, kommt nach Karlsruhe! Wie wir in Erfahrung bringen, wird dieser bedeutendste aller Violinvirtuosen vor seiner Abreise nach Amerika auch in Karlsruhe ein einmaliges Konzert geben.

Sommer-Operette im Stadt. Konzerthaus. Der Spielplan der Sommer-Operette bringt weiterhin am Freitag, den 2. September, die letzte Aufführung der Operette „Die Geisha“ von Sidney Jones, die durch die schwingvolle Darstellung des Künstlerpersonals hier eine glänzende Aufwertung feierte. Die Partie der „Mimosa“ hat Emma Seiberlich übernommen. Die Vorstellung beginnt 20 Uhr.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Eine außerordentlich kräftig entwickelte Zykone liegt bei Island und hat im Süden bis zum Kanal und zur deutschen Nordseeküste Regenwetter gebracht. In Süd-Deutschland konnte sich der Einfluss eines Hochdruckrückens behaupten, doch ist auch bis zu uns noch hohe Bewölkung vom Rande des Wirkungsbereiches der großen Zykone vorgezogen. Voraussage: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Wasserstände: Waldshut 289 minus 3, Basel 68 minus 2, Rheinweiler 124 minus 11, Kehl 276 minus 4, Magau 480 un- verändert, Mannheim 305 minus 4, Caub fehlt.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	2. September		1. September	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.63	169.97	169.03	169.97
Kopenhagen 100 Kr.	75.22	74.38	75.22	75.38
Italien . . . 100 L.	21.60	21.64	21.60	21.64
London . . . 1 Pfd.	14.59	14.63	14.59	14.63
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.495	16.535	16.495	16.535
Schweiz . . . 100 Fr.	81.53	81.69	81.55	81.71
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. August 1932 hat sich in der Ultimo-Woche der Umlauf an Reichsbanknoten um 200,0 Mill. auf 8816,9 Mill. RM, derjenige an Rentenbankscheinen um 18,4 Mill. auf 410,9 Mill. RM erhöht. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 13,4 Mill. auf 925,1 Mill. RM erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 165 000 RM auf 768,2 Mill. RM, und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 13,3 Mill. auf 156,8 Mill. RM zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen betrug am Ultimo 24,2 Prozent gegen 25,2 Proz. am 23. August 1932.

### Börsen und Geldmarkt

Auf die Bekanntgabe des wirtschaftlichen „Wiederaufbauprogramms“ durch Reichskanzler v. Papen, reagierte die Börse zunächst mit kräftigen Kurssteigerungen. Das Publikum erteilte auf allen Gebieten nicht unerhebliche Kaufordres und einzelne Werte gewannen bis zu 10 Prozent. Die Aufwärtsbewegung wurde aber bald abgedreht, die noch offene Auseinandersetzung zwischen Reichstag und Reichsregierung mahnte nach der ersten Hochbewegung zu erneuter Zurückhaltung. Immerhin blieb die Tendenz gut behauptet. Das Publikum gab weitere Kaufaufträge, während die Kurse mehrfach die neu aufgenommene Barre mit Gewinnen zu realisieren suchte. Verschiedentlich wurde auch die festere Tendenz zur Veräußerung alten Besitzes aus Publikumsstreifen benützt. Der Rentenmarkt ist stiller geworden.

Der deutsche Geldmarkt war trotz des Monatsendes verhältnismäßig still. Große Geldansprüche traten nicht auf. Das Wechselangebot nahm wieder etwas zu, war aber nicht besonders groß. Der Reichsbankausweis zeigt wieder eine geringe Zunahme der Gold- und Devisenbestände und damit eine Erhöhung des Deckungsverhältnisses auf 25,2 Prozent. Aber trotz des Ultimos ist die Anspannung des Instituts und auch der Notenumlauf geringer geworden. Von einer wirtschaftlichen Erholung ist also noch keine Rede. Theoretisch würden die Vorbedingungen für eine Diszontentung durchaus gegeben sein. Reichsbankpräsident Dr. Luther bedauert es selbst, daß die Reichsbank durch internationale Bindungen verhindert sei, den Diskont zu senken. Beachtlich ist die anhaltende Festigkeit der Reichsbank im Ausland.

### Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statistische Abteilung) vom 31. August 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 31. August 1932 für eine Unze Feingold 118 sh 10 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelkurs für ein englisches Pfund vom 31. August 1932 mit 14,615 RM umgerechnet = 86,8374 RM, für ein Gramm Feingold demnach 45,8469 pence, in deutsche Währung umgerechnet = 2,79189 RM.

### Die Leipziger Herbstmesse

die vom 28. August bis 1. September stattfand, stand — wie ein offizieller Bericht besagt — unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die den Inlandabsatz und den Export behinderten. Wenn sich trotzdem die Gesamtzahl der Aussteller auf 5422 belief, so liegt darin wohl ein Beweis für die Widerstandsfähigkeit der Industrie und für den unbedingten Willen der Unternehmerschaft, trotz der Unlust der Zeiten durch die Vermittlung der Leipziger Messe die Fühlungnahme mit dem Markt zu behalten. Bisher hielt der geschäftliche Teil sich in allen Branchen, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, ziemlich ruhig, da sich die Einkäufer angesichts der vielen noch ungeklärten Fragen unserer Wirtschaftspolitik zurückhielten. Trotzdem wurden zahlreiche Aufträge erteilt, wobei vor allem die Einkäufer aus landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands stärker als sonst in Erscheinung traten, da man angesichts der guten Ernte mit einer Belebung der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung rechnet.

Das Ausland — vertreten waren hauptsächlich die Länder, die den Import noch nicht in größerem Umfang erschwert — beschränkte sich auf die Deckung des notwendigen Bedarfes. Das Interesse der inländischen und ausländischen Einkäufer wandte sich hauptsächlich dem Saisonbedarf der nächsten Monate zu, wobei billigere und mittlere Preislagen bevorzugt wurden. Gefragt waren vor allem Neuheiten.

Die Stimmung unter den Messebesuchern war weitaus besser, als man erwartet hatte, da das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung im allgemeinen günstig beurteilt wird. Man erwartet von der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms eine Verminderung der Zahl der Arbeitslosen und ein allmähliches Ansteigen der Kaufkraft innerhalb der nächsten Monate.

Das endgültige Zeichnungsergebnis der Reichsbahnanleihe. Die Zeichnung auf die 4 Prozentige Reichsbahnanleihe 1931 ergab, wie nunmehr mitgeteilt wird, endgültig insgesamt 262 687 000 RM. Die Barreinzahlungen belaufen sich auf 256,90 Mill. gleich 97,8 Proz.

Erhöhung des Jahreskornbrennrechts für 1931/32 rückwirkend. Im „Reichsanzeiger“ ist eine Bekanntmachung veröffentlicht, die u. a. folgendes bestimmt: „Innerhalb des Jahresbrennrechts wird mit rückwirkender Kraft für das Betriebsjahr 1931/32 das besondere Jahresbrennrecht für die Herstellung von Kornbrandwein auf 15 Hundertteile des regelmäßigen für die Verarbeitung von Korn geltenden Brennrechts erhöht.“ Bisher war das Jahresbrennrecht mit fünf Hundertteilen des regelmäßigen für die Verarbeitung von Korn geltenden Brennrechts festgesetzt.

Die Kuponzahlungen der Heidelberger Stabtanleihe von 1926 verzögert. Die Heidelberger Stadtverwaltung teilt mit, daß die ab 1. September fälligen Kuponzahlungen der Heidelberger Prozentigen Anleihe von fünf Millionen Reichsmark von 1926 in Ermangelung der hierfür nötigen Mittel noch nicht geleistet werden können. Die Verhandlungen zwecks Vereinfachung der benötigten Geldmittel mit dem badischen Staat sind bisher noch zu keinem Abschluß gekommen. Man hofft aber, die verzögerten Kuponzahlungen in einigen Tagen vornehmen zu können.

